

Trumps Anti-Klimaschutz-Politik im Abseits

USA Zahlreiche Bundesstaaten, Städte und Unternehmen halten an der Reduktion von Treibhausgasen fest. Anleger sollten auf Taten, nicht auf Worte achten.

MARTIN GOLLMER

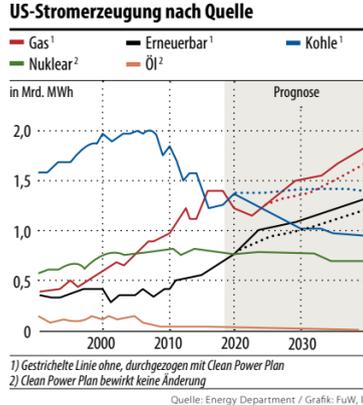
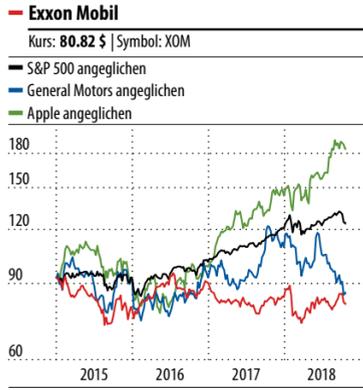
US-Präsident Donald Trump verneint den Klimawandel zwar nicht mehr, hält aber weiterhin nichts von Klimaschutz. Das hat er diese Woche in einem Interview gesagt. Er nimmt denn auch eine Klimaschutzmassnahme der Vorgängerregierung von Barack Obama nach der anderen zurück. Doch viele im Land lassen sich vom Powerplay Trumps gegen die Reduktion von Treibhausgasen nicht beeindrucken. Zahlreiche Bundesstaaten, Städte und Unternehmen verfolgen trotzdem Klimaschutzziele.

Schon während seiner Wahlkampagne für die US-Präsidentschaft wetterte Trump gegen die Klimaschutzmassnahmen der Regierung Obama. Sie seien überflüssig und gefährdeten amerikanische Arbeitsplätze, sagte er. Einmal gewählt, liess er seinen Worten Taten folgen. Er leitete ab 2017 Schritte ein, um die USA aus dem Uno-Klimaschutzabkommen, das rund 200 Staaten 2015 in Paris beschlossen hatten, zurückzuziehen.

«The war on coal is over»

Er machte mit den Worten «The war on coal is over» den Clean Power Act rückgängig, der Erzeugern von Strom aus Kohle strenge CO₂-Emissionsgrenzwerte auferlegte. Er weichte Vorschriften für einen sparsameren Treibstoffverbrauch und für Abgasgrenzwerte bei Autos auf. Und er machte es für Öl- und Gasunternehmen einfacher, Methan, eines der schädlichsten Treibhausgase, in die Luft abzulassen.

Doch es scheint, als liefen diese Schritte Trumps in seinem Land vielerorts ins



Leere. Sechzehn Bundesstaaten plus Puerto Rico, hunderte Städte und beinahe 2000 Unternehmen haben inzwischen eine Koalition geformt, die sich gegen den Präsidenten stellt. Sie wollen mit Massnahmen im eigenen Einflussbereich dazu beitragen, dass die USA das in Paris von Obama abgegebene Versprechen, die Treibhausgase bis 2025 um 26% unter das Niveau von 2005 zu senken, trotz Trumps Anti-Klimaschutz-Politik einhalten können.

Unter den US-Bundesstaaten besonders weit geht Kalifornien. Im Golden State gilt ein Gesetz, wonach bis 2030 die Hälfte des Stroms aus CO₂-freien erneuerbaren Quellen erzeugt werden muss. Gemäss einem Beschluss des Parlaments aus diesem Jahr soll dieser Anteil bis 2045 auf 100% steigen. Bei den Abgas- und Treibstoffverbrauchsvorschriften für Autos will Kalifornien die Abschwächungen Trumps nicht akzeptieren und die strengeren Regeln Obamas beibehalten – auch auf die

Gefahr hin, dass in den USA dann zwei verschiedene Standards gelten würden.

Für Aufsehen sorgten auch die Städte New York, San Francisco und Oakland. Sie versuchten, ExxonMobil, Chevron und andere Öl- und Gasmultis, deren fossile Produkte für hohe CO₂-Emissionen mitverantwortlich sind, auf Schadenersatz für Massnahmen gegen die Erderwärmung – etwa Schutz vor einem steigenden Meeresspiegel – zu verklagen. Die Multis hätten von den Folgen des Klimawandels gewusst, sie der Öffentlichkeit aber verschwiegen, um ihren Gewinn zu schützen. Richter in den betroffenen Bundesstaaten lehnten die Klagen in diesem Sommer ab. Es sei Sache von Regierungen und Parlamenten, solche Fragen zu regeln, nicht von Gerichten.

ExxonMobil und Chevron haben selbst eher zögernd auf den drohenden Klimawandel reagiert. Sie mussten von den Aktionären an den Generalversammlungen

gezwungen werden, regelmässig über die Auswirkungen der Massnahmen gegen die Erderwärmung auf ihr Geschäft zu berichten. Inzwischen sind die beiden US-Multis aber aktiver geworden. So sind sie etwa der Oil and Gas Climate Initiative beigetreten, die aus Unternehmen besteht, die eine Reduktion der Treibhausgase befürworten. Vor kurzem haben sich Exxon und Chevron nun zusammen mit anderen Öl- und Gasproduzenten zur freiwilligen Verminderung des Ausstosses von Methan verpflichtet.

Auch andere Unternehmen im Energiebereich zeigen sich unbeeindruckt von Trumps Verachtung des Klimaschutzes. Der Versorger Duke Energy etwa will in den nächsten zehn Jahren 11 Mrd. \$ in die Erzeugung von Strom aus Gas und erneuerbaren Quellen investieren. Damit sollen die Treibhausgasemissionen bis 2026 um 35% unter das Niveau von 2005 gedrückt werden. Und Southern Co. plant, in den nächsten fünf Jahren jährlich 1 Mrd. \$ in neue Windfarmen zu investieren. Erneuerbare Quellen haben bei Southern erst einen Anteil von 7% an der Stromerzeugung. Gas kommt dagegen auf 47%, Kohle auf 31% – beide emittieren bei der Verbrennung CO₂.

Für erneuerbare Energien

Aber auch im Nicht-Energiebereich wird Ernst gemacht mit dem Klimaschutz. So haben sich General Motors (Autos), Intel (Halbleiter), Lockheed Martin (Rüstung) und Walmart (Supermarktkette) der Renewable Energy Buyers Alliance angeschlossen. Die Gruppierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Einkauf von Strom aus erneuerbaren Quellen einfacher zu machen.

General Motors gab bekannt, bis 2050 sämtliche benötigte Elektrizität aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Das soziale Netzwerk Facebook will dieses Ziel schon bis 2020 erreicht haben. Walmart sagte sich, die sauberste Energie ist diejenige, die gespart wird, und traf Massnahmen zur Senkung des Energiebedarfs der Kühlschränke in den Supermärkten.

Linke und rechte Hand

US-Tech-Unternehmen sind besonders aktiv im Klimaschutz. Der Computer- und Smartphonehersteller Apple etwa hat seinen neuen Campus in Kalifornien mit Solarpanels bedeckt, um klimafreundlich Strom erzeugen zu können. Dell, ein anderer Computerproduzent, beabsichtigt, die Energieintensität der Produkte bis 2020 um 80% zu reduzieren.

Allerdings scheint manchmal die linke Hand nicht zu wissen, was die rechte tut. So sitzen etwa Lockheed Martin und Walmart auch in einem Business Roundtable, das Präsident Trump eine Liste von sechzehn Klimaschutzregulierungen überreicht hat, die aufgehoben werden sollten – darunter der Clean Energy Act. Und General Motors lobbiierte bei der US-Regierung erfolgreich für die Überprüfung von strengen Autoabgasnormen.

Anleger, die in US-Firmen investieren wollen, die eine nachhaltige Geschäftspolitik betreiben, tun deshalb gut daran, genau hinzuschauen, wie sie es mit dem Klimaschutz halten. Manchmal tun sie im harten Geschäftsalltag genau das Gegenteil dessen, was sie in schönfärbischen PR-Statements hochzuhalten vorgeben.

GELESEN
«Wahlbetrug auf Video»

GELESEN
«Endlich in der Mehrheit!»

Zwei Beiträge aus dem Tages-Anzeiger.
Gedruckt, online, als App und in unserer Vielfalt an Blogs.

Du bist, was du liest.

Tages-Anzeiger